

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. wöchentlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 5 Pf. (Posten 6 Pf.).

Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Reklametzelle im textlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Wochenschriften-Druckerei: Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Nr. 265. 83. Jahrgang. Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“. Wilsdruff-Dresden. Vertriebsort: Dresden 2640. Mittwoch, 12. November 1924.

Wirren in Spanien.

Die schweren Kadenschläge, die Spanien bei seinem Kampf mit den Riffabulen in Marokko erhalten hat, scheinen schon jetzt auch innerpolitische Erschütterungen erzeugt zu haben, die vorauszusagen keiner großen Prophegandie bedürfte. Nur weiß man nicht so recht — die Nachrichten über die Vorgänge sind außerordentlich dunkel — ob diese Erschütterungen nicht etwa durch den Militärdiktator Primo de Rivera hervorgerufen sind, um die schlechende Krise in einem ihm günstig erscheinenden Augenblick zum Ausbruch zu bringen. Zwickel scheint festzusetzen: jene linksradikalen Elemente, die vor der Militärdiktatur nach Frankreich geflohen sind, haben den Versuch gemacht, bewaffnet in Nordspanien einzudringen, und sind dabei teils zurückgejagt, teils gefangen gesetzt worden. Gleichzeitig hat in Barcelona ein mehr oder weniger heftiger Aufruhr gegen die Regierung stattgefunden, wobei es zu Straßenkämpfen kam, die dem Anschein nach gleichfalls für die Regierung Riveras günstig verlaufen sind.

Das Militärdirektorium, das bekanntlich seine Stellung einem Putsch verdankt, hat innenpolitisch zweifellos Gutes gewirkt. Es hat die Berechtigung zu seinem häufig recht gewalttätigen Auftreten daraus hergeleitet, daß es einen scharfen Kampf gegen die Korruption unternahm. Daß es dadurch sich viele Nutznießer der früheren Zustände zu Feinden machte, ist mehr als verständlich. Man hat dem Militärdirektorium kein langes Leben prophezeit, aber man hat dabei vergessen, daß der innere Antriebe für die Nachterringung und für das Fortbestehen dieser Regierung das nationale, vielleicht noch mehr das nationalisistische Element ist. Es ist dieselbe Erscheinung, wie wir sie in Italien durch Mussolini durchgeführt sehen.

Ebenso verständlich ist, daß die Gegenbewegung der Liberalen, der Kommunisten und der Anarchisten gerade in der Provinz Katalonien ausgebrochen ist; dort sitzt die große Masse der Arbeiterbevölkerung und der spanische Nordosten, Barcelona an der Spitze, hat schon immer in einem inneren Gegensatz gegen den rein agrarischen Süden und die Mitte Spaniens gestanden. Hier freies noch die Gedanken des Sozialismus, ist Opposition gegen Madrid eine gewohnte Tatsache und Barcelona allein hat versucht, dem neuen Militärdiktator — freilich vergeblich — Widerstand zu leisten. Abgesehen von einer französischen Blätternachricht zufolge in Barcelona ein Pionierregiment gemutert haben, was naturgemäß die Zusammenziehung starker Truppenteile in der katalonischen Hauptstadt veranlaßt hat.

Rivera selbst befindet sich z. Zt. immer noch in Marokko und vielleicht hat man seine Abwesenheit zu diesem Aufstandsversuch auszunutzen wollen. Dann ist es aber eine Ungeschicklichkeit gewesen, weil die militärische Lage Spaniens in Marokko jetzt eine bessere ist als noch vor einem Monat. Zweifellos ist der Versuch auch mit ganz unzureichenden Kräften unternommen worden, denen die Militärs sofort die energischsten Maßnahmen entgegen setzten. Englische Blätter erzählen von kriegsgerichtlichen Entscheidungen und einer Reihe von Verhaftungen.

Seit langem herrscht in Spanien für Pressemitteilungen die Zensur und Rivera hat es jedesmal abgelehnt, sie aufzuheben oder auch nur zu mildern. Infolgedessen ist es auch ganz in die Hand der Regierung gegeben, was sie an Nachrichten über die Bewegung hinauslassen will. Seltener kann aber doch nur ein Erfolg militärischer oder sonstiger Art in Marokko. Noch ist im allgemeinen der feste Wille namentlich in den spanischen Kernprovinzen vorhanden, dort nicht nachzugeben, und Rivera scheint auch in Marokko einen größeren Schlag vorzubereiten. Aber er muß dort in irgendeiner Weise zu einem Ende kommen, weil die gewaltigen Opfer, die das Land dort bringen muß, vor allem finanzielle Opfer, auf längere Dauer nicht ertragen werden können. Durch alle spanischen Familien ist der Tod geschrien. Frankreich ist die Macht, die ja heimlich den Widerstand der Riffabulen gegen Spanien stützt; Frankreich hat auch die politischen Flüchtlinge aus Spanien an seiner Südgrenze unbehelligt gelassen und mag gegen den Aufstandsversuch nicht das geringste einzuwenden haben. Für uns Deutsche aber ist die Erhaltung der Regierung Rivera vor allem deswegen von Wichtigkeit, weil eine liberale Regierung gleichbedeutend mit einer energischen Annäherung an Frankreich sein würde. Mit Spanien haben wir den ersten Handelsvertrag abgeschlossen, der für unsere Industrie von recht erheblicher Bedeutung ist; namentlich sind die Abschlüsse über den Kauf spanischer Erze sehr erleichtert worden. Wir haben freilich auch große Gegenkonzeptionen machen müssen, die diesen Handelsvertrag zum Gegenstand heftiger Angriffe besonders in den Kreisen des deutschen Weinbaues und weiter in der Landwirtschaft gemacht haben. In Spanien wird er aber als ein Erfolg in der Politik Riveras angesehen und jeden Erfolg kann dieses Kabinett gebrauchen. Was für eine Staatsform Spanien besitzen will, ist eine lediglich innerpolitische Angelegenheit; für uns Deutsche kämen nur die außenpolitischen Wirkungen eines Systemwechsels in Betracht und angesichts der zuvorkommenden Haltung des Kabinetts Rivera uns gegenüber wäre uns ein solcher Systemwechsel zurzeit unerwünscht.

Die Steuermilderungen.

Steuerzahlung November-Dezember

Berlin, 10. November.

Die soeben erlassene Zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen hat auf die am 10. November (Schonfrist 17. November) und auf die am 10. Dezember (Schonfrist 17. Dezember) fälligen Monatsvorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer noch keinen Einfluß. Die Monatsvorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer im November und Dezember sind noch in der bisher vorgesehenen Höhe zu leisten. Die Ermäßigung um 1/4 wirkt sich erstmals bei der am 10. Januar 1925 (Schonfrist 17. Januar 1925) fälligen Monatsvorauszahlung aus.

Für die Gewerbetreibenden, die ihre Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für ein Vierteljahr, und zwar erst nach Ablauf desselben leisten, wirkt sich die Ermäßigung um ein Zwölftel bei der am 10. Januar 1925 (Schonfrist 17. Januar 1925) fälligen Vorauszahlung aus. Die Landwirtschaft leistet ihre Vorauszahlungen für ein Vierteljahr, aber

nicht erst nach Ablauf, sondern in der Mitte desselben, also für die Monate Oktober, November und Dezember 1924 am 15. November 1924. Daher ermäßigt sich bereits die am 15. November (Schonfrist 22. November) fällige Vorauszahlung um ein Zwölftel. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn ist zurzeit noch nach den bisherigen Vorschriften vorzunehmen. Die in der Verordnung des Reichspräsidenten vorgesehenen Ermäßigungen (Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 50 auf 60 Mark und Nichterhebung von 20 Pfg. wöchentlich — 80 Pfg. monatlich —) gelten erstmals für den Steuerabzug, der für Arbeitsleistungen im Dezember vorgenommen wird. Ein Ausführungsbericht wird ergehen. Die Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 auf 1 1/2 Prozent und der erhöhten Umsatzsteuer von 15 auf 10 Prozent gilt erst für die Umsätze, die vom 1. Januar 1925 ab getätigt werden. Demgemäß sind die Umsatzsteuervorauszahlungen, die am 10. November, 10. Dezember 1924 und am 10. Januar 1925 fällig werden, noch in der bisherigen Höhe, d. h. 2 bzw. 15 Prozent zu leisten. Ein Viertel der Vermögensteuer, deren Satz unverändert geblieben ist, ist am 15. November (Schonfrist 22. November) fällig.

Die deutsch-franz. Wirtschaftsverhandlungen gefährdet

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 11. November. „Ere Neuvelle“ stellt fest, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen augenblicklich sehr ernstlich durch den politischen Umschwung in England und andererseits durch Widerstände der französischen Finanzkreise gefährdet würden. Das Blatt betont die Notwendigkeit, die Besprechungen zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Der Wiederaufbau Europas kann nur durch die wirtschaftliche Erneuerung Frankreichs und Deutschlands vollzogen werden. Das Pariser Protokoll müsse die Fortsetzung der Protokolle von London und Genf bilden.

Das Ergebnis der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen.

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 11. November. Wie der „Börsentourier“ von zuverlässiger Seite erfahren haben will, ist am vergangenen Sonnabend das Vermittlungsprotokoll in den deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbesprechungen von beiden Seiten angenommen worden. Das Ergebnis der Verhandlungen kann im wesentlichen dahin zusammengefaßt werden, daß die Schweiz sich bereit erklärt, bis zum 30. September 1925 die einseitig gegen Deutschland gerichteten Einjahresbeschränkungen abzubauen, während wir die Erklärung abgegeben haben, unser gesamtes Einfuhrverbotssystem abzubauen.

Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen.

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Prag, 11. November. Die am 21. September vertagten deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen sind am Montagmorgen wieder aufgenommen worden und haben bereits eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte ergeben. Von amtlicher Seite wird hierzu gemeldet, daß ein Einverständnis darüber erzielt worden ist, das Prinzip der Restbrogünstigung als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sollen neben Fragen des beiderseitigen Warenverkehrs auch Wirtschaftsfragen allgemeiner Natur geregelt werden.

Eine Kanzlerrede in Osnabrück.

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Osnabrück, 11. November. In einer Zentrumsversammlung sprach gestern abend Reichskanzler Marx in der Stadthalle. Er führte unter anderem aus, daß der Reichstag der Auflösung verfallen müßte, da die radikalen Parteien jede ernstliche Verständigung durch Störungen verhinderten. Es wird uns Schwäche vorgeworfen, wenn wir in außenpolitischen Entschlüssen Rücksicht auf das Ausland nehmen. Die Rücksichtnahme muß um so größer sein, je weniger man mit machtpolitischen Argumenten dem Ausland gegenüber treten kann. Das Bekenntnis dieser Tatsache ist keine Würdelosigkeit. Daß wir in London etwas erreicht haben, beweist die Zustimmung der besetzten Gebiete. Von unseren Kritikern müssen wir positive Vorschläge verlangen, was sie für die Ausrichtung Deutschlands für zweckmäßig halten. In der Innenpolitik übergehend, betonte der Kanzler, daß die Aufgabe der Regierung das Festhalten unserer Währung, die Balancierung des Etats sowie die Wiederbelebung der

deutschen Wirtschaft sein müsse. Wenn scharfe Maßnahmen notwendig wären, so ist die Reichsregierung nur den Weg der Pflicht gegangen. Um die Vermögensverluste infolge der dritten Steuernotverordnung soweit als irgend möglich zu mildern, hatte der Reichsfinanzminister bereits im Aufwertungsaustrausch des Reichstages einen Plan vorgelegt. Der Kanzler warnte davor, die Aufwertungsfrage zu einer parteipolitischen Frage zu machen und betonte, daß, wenn über das von der Regierung als erträglich betrachtete Maß Mittel von der Staatsregierung verlangt werden, diejenigen, die diese Forderung erheben, auch verpflichtet seien, die notwendigen Deckungen zu schaffen.

Mittwoch Kabinettsitzung in London.

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

London, 11. November. Das neue englische Kabinett wird voraussichtlich am kommenden Mittwoch seine erste Sitzung abhalten, wobei die politischen Probleme erörtert werden dürften, die im Hauptinteresse der Deffertion liegen. So vor allen Dingen die Beziehungen zu Rußland und die Einwirkungsbürokratie. Zu keine Stellungnahme zum Genfer Protokoll ist zu erwarten, zumal die konservative Partei die Notwendigkeit einer Stärkung des Völkerbundes wiederholt hervorgehoben hat. Der Zusammentritt des englischen Parlaments wird nicht vor Anfang Dezember erfolgen.

Wiederaufnahme der Wiener Verhandlungen.

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wien, 11. November. Die Verhandlungen zwischen der Bundesbahnverwaltung und den Angestellten sind gestern wieder aufgenommen worden.

Seipels Wiederwahl?

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Wien, 11. November. Die heutige Sitzung des Nationalrates dürfte nur von kurzer Dauer sein. Es ist nicht anzunehmen, daß bereits die Neuwahl der Regierung erfolgen wird. Die Mehrheit ist für unveränderte Wiederwahl des Kabinetts Seipel eingetreten.

Amerikanische Schadenersatzansprüche an Deutschland.

Eigener Fernsprechsdiens des „Wilsdruffer Tageblattes“.

New York, 11. November. Der Verband der internationalen Rettungsvereinigungen in New York faßte eine Entschelzung, in der die Erstattung der amerikanischen Schadenskosten im Rheinland und die Befriedigung der Forderungen amerikanischer Bürger gegen Deutschland auf Entschädigung für die während des Krieges erlittenen Verluste aus den Reparationszahlungen verlangt wird, die Deutschland auf Grund des Dawesplanes zu leisten hat.

Die Verschwörung in Spanien.

Paris, 11. November. Habas meldet aus Madrid, daß 40 Personen im Zusammenhang mit der anarchistischen Verschwörung verhaftet worden sind, darunter der frühere republikanische Abgeordnete Domingo.